

## Antrag

der Abgeordneten **Isabell Zacharias, Natascha Kohnen, Dr. Christoph Rabenstein SPD**

### **Solidarität im Bildungsstreik fordert Handeln: Einführung der Verfassten Studierendenschaft**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen, dass die verfasste Studierendenschaft mit umfassender Satzungs- und Finanzhoheit und politischem Mandat in Bayern wieder eingeführt wird. Die Studierendenschaften werden Körperschaften des öffentlichen Rechts.

### **Begründung**

Die verfasste Studierendenschaft muss auch in Bayern eingeführt werden, um den Studierenden die eigenständige Gestaltung ihrer Mitbestimmung an den Hochschulen zu ermöglichen. Eine mündige Studierendenschaft muss auch zu solchen Fragen Stellung beziehen können, die sich mit der gesellschaftlichen Aufgabenstellung der Hochschulen sowie mit der Anwendung der wissenschaftlichen Erkenntnisse und der Abschätzung ihrer Folgen für die Gesellschaft und die Natur beschäftigen.

In Bayern ist die Entscheidung für eine eigenständige studentische Vertretung an Hochschulen u.E. längst überfällig. Entscheidende Aufgaben von Hochschulen und damit von Studierenden, die Teilhabe an politischen und gesellschaftlichen Prozessen und die kritische Auseinandersetzung mit wissenschaftlichen Entwicklungen werden den Studierenden seit Jahrzehnten nicht zuerkannt.

Die Studierenden brauchen als größte Gruppe der Hochschule eine Institution, in der sich ein studentischer Willens- und Meinungsprozess bilden kann. Sie sind mündige Bürgerinnen und Bürger. Sie müssen ihre Rechte und Pflichten auch in den Hochschulen wahrnehmen können. Mit der Schaffung der verfassten Studierendenschaft werden die Rechte der Studierenden konkretisiert und damit mehr Rechtssicherheit für diejenigen geschaffen, die sich hochschulpolitisch engagieren.

Bayern und Baden-Württemberg sehen als einzige Bundesländer in ihren Hochschulgesetzen keine Verpflichtung zu einer Studierendenvertretung vor. Hier sind die entsprechenden Strukturen in den Jahren 1974 bzw. 1977 abgeschafft und gegen rechtlich schwächer gestellte Mitbestimmungsstrukturen ersetzt worden

Das heutige Sprecherrat-Modell ersetzt in Bayern den in den anderen Ländern bestehenden AStA (Allgemeiner Studierendenausschuss).

Die studentische Interessensvertretung ist u.E. im Vergleich zu anderen Bundesländern, die eine verfasste Studierendenschaft zulassen, um wesentliche Punkte beschnitten. Das Bayerische Hochschulgesetz sieht eine eigenständige Gestaltung der Vertretung studentischer Rechte nicht vor.